



Wachsende Unsicherheiten Großbritanniens

Nach der Brexit Entscheidung im Juli vergangenen Jahres scheint die Zukunft Großbritanniens weiter ungewiss. Dies zeichnet sich zum einen durch Unstimmigkeiten innerhalb der Regierungskreise ab, wie auch durch das Anstreben der britischen Banken.

Wie EZB-Chef Mario Draghi am Dienstag in einem Schreiben bekanntgab, müsse zum geplanten Zusammenschluss der Deutschen Börse mit der Londoner Börse (LSE) aller Voraussicht nach einer Prüfung durch die Europäische Zentralbank (EZB) vollzogen werden. Grund hierfür sei die Banklizenzen beider Tochterunternehmen, die es erfordere „Lösungen zu finden, die das aktuelle Niveau an Aufsicht und Kontrolle wenigstens aufrechterhalten“ oder gar verbessern können, so Draghi. Um die Chancen der Fusion zu erhöhen, zieht die LSE gar in Erwägung, das Tochterunternehmen zu verkaufen. Ob dies die Fusion ermöglicht, bleibt jedoch abzuwarten, da die Zustimmung des Zusammenschlusses von der EU und der Börsenaufsicht benötigt wird. Mit der Fusion der deutschen und Londoner Börse erhoffen sich beide Seiten wachsende Chancen „einen führenden europäischen Anbieter für globale Marktinfrastruktur zu schaffen“, zitiert die Wochenzeitung Zeit auf ihrem Online-Portal.

Auch die Pläne der britischen Finanzbranche mit dem EU-Austritt den Zugang zur Europäischen Union (EU) zu wahren, scheinen zu scheitern. Stattdessen konzentrierte man sich darauf, eine Handelsvereinbarung zu erzielen, die einige Finanzprodukte ausschließen könnte. Nach Dokumenten der CityUK von Donnerstag seien die Banken und Versicherer überzeugt, dass keine vollen Passporting-Rechte mehr durch den Brexit möglich seien. Diese ermöglichen es derzeit Firmen mit Sitz in Großbritannien Dienstleistungen im gesamten EU-Raum anbieten zu können. Durch den Wegfall jedoch wären die ansässigen Unternehmen in Großbritannien verpflichtet, Betriebsstätten oder Tochtergesellschaften in einem EU-Mitgliedsstaat zu gründen, um ihre Leistungen weiter im EU-Raum anbieten zu können. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, soll die geplante Handelsvereinbarung einen beschränkten Marktzugang einiger Finanzbereiche garantieren, die eine gegenseitige Akzeptanz der Regeln sowohl Großbritanniens, wie auch der EU beinhalte. Mit diesem Pakt würde ein „grenzüberschreitende[r] Handel von Aktien und Anleihen [...] offengelassen“.

Den Verlust von einigen zehntausend Arbeitsplätzen fürchtet die Londoner Finanzbranche als weitere Folge des Brexits, wie der Chef der Londoner Börse LSE, Xander Rolet, am Dienstag warnte. Durch den Austritt aus der EU sei eine Abwicklung (Clearing) von „in Euro begebenen Finanzproduktionen“ nicht mehr möglich, was zu Massenentlassungen führen könne, die sowohl das Clearing, als auch Dienstleistungen wie Software, IT, Risikomanagement und Verwaltung betreffe.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:
09. Januar bis 15. Januar*

Häufigere Zinserhöhung in den USA?

Montag, 09. Januar – Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, fordert der Chef des Fed Ablegers in Boston, Eric Rosengren, eine schnellere Gangart bei Zinserhöhungen. Die Arbeitslosenquote würde mit 4,7 Prozent fast das Ziel der Vollbeschäftigung erreichen, zudem sei das Inflationsziel von knapp zwei Prozent bis zum Jahresende erreichbar. Die Notenbanker halten es für wahrscheinlich, dass sich die Konjunktur, durch die massiven Konjunkturprogramme, des nächsten Präsidenten besser entwickeln könnte als prognostiziert. Dennoch müsse die geldpolitische Straffung nicht so ausfallen wie zwischen den Jahren 2004 und 2006. In diesem Zeitraum wurde der Zins beinahe bei jeder Zinssitzung angehoben.

Weltbank veröffentlicht Prognose zum Wirtschaftswachstum

Mittwoch, 11. Januar - Die Weltbank prognostiziert für das aktuelle Jahr 2017 ein globales Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,7 Prozent. Im vergangenen Jahr wuchs die globale Wirtschaft mit 2,3 Prozent so schwach, wie seit der Finanzkrise nicht mehr. Besonders die US-Wirtschaft könnte die Weltwirtschaft ankurbeln, wenn die möglichen Konjunkturprogramme unter dem neuen US-Präsidenten Donald J. Trump greifen, berichtet Zeit online.

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
2. Kalenderwoche

Verwaltungsratschef der HSBC, Douglas Flint, geht zudem davon aus, dass bereits nach Beginn der Austrittsverhandlungen mit der EU die ersten Banken Umzugspläne umsetzen, die derzeit noch von Passporting-Rechten profitieren. Während man in Großbritannien mit dem Verlust zehntausender Arbeitsplätze rechnet, erhoffen sich jedoch andere, europäische Städte wie Paris oder Dublin einen Zuwachs von Arbeitsplätzen im Finanzsektor. Allerdings sei es nach Flint derzeit nicht eindeutig, ob der Vertrieb der Finanzprodukte oder auch die Dienstleistungen in den EU-Raum verlagert werden müsse.

Um keine Destabilisierung der Finanzbranche zu riskieren, fordert LSE-Chef Rolet die Beibehaltung geltender Regelungen bis 2022, Flint von HSBC und die Vize-Chefin von Allianz Global Investors verlangen Übergangsfristen bis 2021, um geregelte Abläufe bezüglich des Umzugs zu gewährleisten.

Der undurchsichtige Regierungsplan von Premierministerin Theresa May trägt keinesfalls zur Unterstützung der verzwickten Lage der Finanzbranche bei. Gemäß vieler EU-Politiker sei es nach Plänen von May nicht umsetzbar, eine Reduzierung der EU-Einwanderung voranzutreiben und den Zugang des Binnenmarktes für Waren und Dienstleistungen zu optimieren.

Auch innerhalb der Regierungskreise Mays scheint es Ungewissheit zu geben, wie es in Zukunft im Vereinigten Königreich weitergehe, wie der britische Chefdiplomat der EU Ivan Rogers kurz nach seinem Rücktritt in einer E-Mail formulierte: „Wir wissen noch nicht, was die Regierung [...] nach dem Austritt festlegt“. Theresa Mays Plan, bis spätestens Ende März die Austrittserklärung Großbritanniens nach Brüssel zu senden, hängt zudem vom ausstehenden Urteil des höchsten, britischen Gerichts ab. Dem Gericht obliegt es, zu entscheiden, ob das Parlament Mitspracherecht zum EU-Austritt erhält. Die Urteilsverkündung steht weiterhin aus, was zu Verzögerungen in Mays politischen Zeitplan führen könnte.

Doch gerade diese Undurchsichtigkeit scheint die Premierministerin vor Ärger mit dem ohnehin gespaltenen Kabinett zu bewahren. Während Schatzkanzler Hammond zum „weichen Brexit“ tendiert und als Priorität den Binnenmarkt vor Einschränkung der EU-Einwanderung setzt, scheinen die Brexit-Befürworter um Außenminister Johnson mit Uneinigkeiten untereinander zu kämpfen. Gerade die undeutlich formulierten Ziele zur Zukunft Großbritanniens sorgt für die Überzeugung, eine bessere Verhandlungsposition gegenüber der EU zu haben.

Hintergrund | EU-Austritt Großbrianniens

[Handelsblatt: Brexit: Die Furcht vor der Kettenreaktion](#)



Chinas Wirtschaft stockt

Freitag, 13. Januar – Das chinesische Zollamt veröffentlichte Zahlen des Außenhandels für den Dezember des vergangenen Jahres, demnach die Exporte um 6,1 Prozent im Vergleich zum Vormonat gefallen seien, während die Importe um 3,1 Prozent stiegen. Im komplettem Jahr 2016 sind die Ausfuhren (in Dollar) bewertet um 7,7 Prozent und die Einfuhren um 5,5 Prozent gesunken. Das Außenhandelsvolumen ging um 2,2 Prozent zurück. Auch der Handelsüberschuss der größten Handelsnation der Welt, fiel um 9,1 Prozent auf 486 Milliarden Dollar zurück. In der zweiten Jahreshälfte habe sich der Außenhandel durch die Unterstützung der Regierung noch stabilisiert, doch die Bedingungen im vergangenen Jahr waren „kompliziert und düster“, wie der Zollsprecher Huang Songping beschrieb. Neben dem Außenhandel sind die größten Sorgen der chinesischen Regierung für das neue Jahr Yuan- Schwäche und die damit einhergehende Kapitalflucht, sowie die hohe Verschuldung und die drohenden Handelsstreitigkeiten mit den USA unter dem nächsten US-Präsidenten Donald J. Trump, berichtet die FAZ.

Zahl der Woche

10,9 Mrd. €

neue Schulden hat die EZB im Rahmen des Anleihenprogramms in der ersten Kalenderwoche in ihre Bücher aufgenommen. *Reuters*